

VERANSTALTUNGEN

Tagungsberichte

Bridging the Gap – Sustainability Research and Sectoral Integration

Stockholm, Schweden, 9. – 11. Mai 2001

Tagungsbericht von Bettina-Johanna Krings, ITAS

Gastgeber der Konferenz "Bridging the gap" war die Schwedische Regierung; die Organisatoren waren die Schwedische Umweltschutzbehörde, die EU Kommission, die Europäische Umweltagentur (EEA) und das Joint Research Centre (JRC) der EU.

Ob es an der schwedischen Präsidentschaft, dem langwierigen Prozess der Implementierung einer an Nachhaltigkeit ausgerichteten Politik oder schlicht und einfach am Problemdruck lag, ist schwer auszumachen. Tatsache jedoch ist, dass der Kongress definitiv dem Ziel gewidmet war, das Konzept der „Nachhaltigkeit“ verstärkt und kontinuierlich in der Gestaltung des „European political policy process“ zu verankern.

Dieser Prozess zieht sich seit den Amsterdamer Verträgen, in denen das Konzept der Nachhaltigkeit formal zu einem zentralen Ziel der europäischen Kooperation erklärt wurde, durch eine Reihe von Kongressen wie den in Cardiff im Jahr 1998, in Helsinki 1999, wo schon das nächste Treffen in Göteborg im Juni diesen Jahres festgelegt wurde. Vor dem Juni noch will die Kommission einen Vorschlag präsentieren, der das Konzept als europäische Strategie und somit als wichtigen Beitrag des Rio-plus-10-Prozesses formuliert. Eine zentrale Komponente dieses Beitrages wird hierbei die Formulierung des *Sixth Environmental Action Plan* sein.

Die Forschung und Technologieentwicklung werden in diesem Prozess als sehr wichtige Dimension anerkannt. Das derzeitige *Fifth Framework Programme for Research and Technology* sowie die Etablierung des Europäi-

schen Forschungsraums (European Research Area (ERA)) wurden aus diesen Gründen im Hinblick auf wichtige Themen (beispielsweise Energie, Wettbewerb und nachhaltiges Wachstum, Lebensqualität und Management von Ressourcen u. a.) ausgerichtet.

Dennoch existiert noch immer eine große Kluft zwischen der Forschung und dem notwendigen Handlungsrahmen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung. Die Empfehlungen aus der Sicht des ERA, die auf dem Treffen im März 2000 in Lissabon formuliert wurden, zielen auf eine Optimierung der europäischen Forschungsanstrengungen, was vor allem die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten, die Abstimmungsprozesse über die Themenschwerpunkte sowie die Positionierung von Kompetenzzentren in Europa (European centres of excellence) anbelangt. Vor diesem Hintergrund kann auch der Entwurf bewertet werden, der sich in seinem Ansatz eher auf letztere Aspekte konzentriert.

Der Kongress wurde im Vorfeld der Verhandlungen zum *Sixth Framework Programme for Research and Technology* – und darin waren sich alle einig – politisch-strategisch platziert. Die zum Teil leidenschaftlich vorgetragenen Eröffnungsvorträge des schwedischen Umweltministers *Kjell Larsson*, der Europäischen Kommissarin für Umwelt, *Margot Wallström*, sowie des stellvertretenden Staatssekretärs für Bildung und Forschung Schwedens, *Carl Lindberg*, unterstrichen vehement das Ziel, die Bemühungen Europas hinsichtlich der Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung zu verstärken. Die Forschungspolitik, bzw. die Weichenstellung für eine zukünftige Technikentwicklung spiele hierbei eine Schlüsselrolle.

Im Folgenden wird ein Eindruck des Kongresses vermittelt, indem die wichtigsten Themen gebündelt dargestellt werden. Hierbei kann als kleines Resümee schon vorweg genommen werden: Der Kongress knüpfte tatsächlich am *state of the art* an, also an der Diskussion über Nachhaltigkeit, die sich konkret mit den Erfahrungen und faktischen Umsetzungsstrategien in den unterschiedlichen europäischen Ländern auseinandersetzt, was den Debatten eine besondere Qualität verlieh¹.

1 “The European research programme should support the vision of SD” (Eric Fellenius) – The gap between facts and values

Eine Forschungspolitik, die sich der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet, beinhaltet in besonderem Maße die Erforschung der Hindernisse und Probleme, die sich im Rahmen der Umsetzung im Hinblick auf das Konzept ergeben. Diese Forderung wurde nicht nur in der konzeptionellen Diskussion immer wieder erhoben, sondern auch in den einzelnen Sektionen zu den unterschiedlichen Sachthemen.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass eine große Kluft zwischen dem ideellen Programm einer nachhaltigen Entwicklung und der Praxis liegt. Hierfür wurden mehrere Gründe diskutiert.

Erstens läge es daran, wie die Problemanalyse wissenschaftlich aufgearbeitet wird. Beispielsweise wird die Frage nach dem *Warum* noch immer höher bewertet als die Frage nach dem *Wie*, die Bewertung der Ergebnisse steht noch immer stärker im Vordergrund als die Evaluierung der gesellschaftlichen Prozesse und die Frage nach den *who are they*, also den Akteuren im Prozess, bleibt nach wie vor unbestimmt und zu allgemein.

Zweitens läge es an den Fragen, die an das Konzept gestellt werden, bzw. an den „forgotten issues“, wie sie im Abschlussvortrag von *Uno Svedin, FORMA, Schweden* genannt wurden. Diese beinhalten viele Ungereimtheiten, Asymmetrien und Kontroversen des Konzepts, die bisher in der Forschung ausgespart blieben. Diese Asymmetrien bewegen sich im Feld der politischen Entscheidungen, wie beispielsweise *wer* entscheidet über welche Form der Partizipation, oder aber *warum* sollte eine nachhaltige Entwicklung als allgemeines und einziges Kriterium für die gesellschaftliche Entwicklung genutzt werden und andere nicht etc.

Drittens, und dieser Punkt wurde besonders von *Kristin Shrader-Frechette*, University of Notre Dame, Indiana, USA hervorgehoben, umfasse das Thema die Ethik. Die Einlösung des Konzeptes setze die Entwicklung einer Umweltethik voraus und diese beträfe vor allem kulturelle Werte und Vorstellungen, die verstärkt mit dem Konzept verknüpft werden sollten. Sie sprach hierbei der Wissenschaft eine Vorreiterrolle zu, nämlich diese Aufgabe

sorgfältig wahrzunehmen und die Bedürfnisse und Interessen der entsprechenden sozialen Gruppen in die Arbeit zu integrieren. Dies beinhaltet ein völlig neues Konzept von Wissenschaft, das sie mit der Frage beschrieb, *How can we make up a real democratic science?* Dieses Konzept könne auch als die Praxis für eine nachhaltige Entwicklung beschrieben werden, die drei Bereiche umfasse:

- conduct (respect for people and the environment);
- innovation (requiring new solutions);
- communication (dialogue on common understanding).

Die Brücke zwischen den Werten, Visionen und der Realität – hier gab es große Einigkeit – sei längst nicht geschlossen. Wichtig erscheine bei dieser Fragestellung jedoch, dass die Wissenschaft in der Problemanalyse einen kritischen Standpunkt einnehme, d. h. einen Standpunkt, von dem aus eine distanzierte und genaue Betrachtungsweise möglich ist und auf diese Art und Weise analytisch bereichernd auf die Gestaltung der Prozesse einwirken könne.

2 “There is no substitution of natural resources, scientists didn’t bring over this message (Anders Wijkman)” – The gap between science and policy

Die Kluft zwischen dem politischen System und der Wissenschaft, bzw. die Konstruktion einer Brücke zwischen den beiden Bereichen, zog sich als roter Faden durch den Kongress. Dieses Thema wurde vor allem angesichts der komplexen Problemlagen in den europäischen Ländern sehr heftig debattiert. Die BSE-Krise wurde hierbei sehr häufig als aktuelles Beispiel für das unverbundene Verhältnis von Politik und Wissenschaft herangezogen. Besonders die Vorfälle in Großbritannien hätten gezeigt, dass die Wissenschaft weder kurzfristige noch nachhaltige Lösungsstrategien anzubieten in der Lage war.

Per Sørup vom JRC, Spanien, machte in seinem Beitrag hinsichtlich der Kluft zwischen Wissenschaft und Forschung sehr deutlich darauf aufmerksam, dass es sich hier um zwei unterschiedliche gesellschaftliche Systeme mit unterschiedlichen Funktionen handele.

Die Wissenschaft solle – im Hinblick auf die Probleme in modernen Gesellschaften – ihre vorsorgende und vorbeugende Funktion wahrnehmen, was das Bewusstwerden von Unsicherheiten und Nicht-Wissen beinhalte. Diese Funktion beziehe sich ganz besonders auf die Integration des Konzeptes der Partizipation. Dieses umfasse die Wahrnehmung von vielseitigen Akteuren, anderen Kulturen und Werten sowie verschiedenen Optionen. Hierfür habe sie ein komplexes Instrumentarium ausgebildet.

Die Politik funktioniere nach einer anderen Logik. Hier seien die Anerkennung einer transparenten, nach allen Seiten offenen Kommunikation, die Entscheidungsorientierung sowie das Agenda-setting ausschlaggebende Grundprinzipien. Die Erstellung von Zielen und Programmen sei hierbei sehr wichtig, denn sie repräsentieren die Vision, die hinter den Zielen stehe und diese sei die Basis jeglicher politischer Entscheidungsfindung.

Die Konzeption einer Forschungs- und Technologiepolitik, die sich der komplexen Aufgabe der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung widme, stelle einen Paradigmenwechsel dar und fordere konsequent die Verquickung von Wissenschaft und Politik. Hier entstehe also die Notwendigkeit einer Vernetzung sowie die Notwendigkeit für die Entwicklung neuer Instrumente in Bezug auf Finanzierung, Bezugspunkten und den sogenannten best practises. Die Erfahrungen aus der Praxis aus verschiedenen Ländern habe hier gezeigt, dass, so Per Sørup, folgende Aspekte gewahrt bleiben müssten:

- Integration of the three levels ecology, economy, society.
- Precautionary principle,
- Long term commitment and public debate,
- R&D policy in support of EU's sustainable development strategy,
- Action: creation of a stable platform (network),
- Integration of target groups,
- Activities: continuous exchange of good practices,
- Procedures of monitoring.

Er wies in diesem Zusammenhang auf das im Februar in Bonn gegründete Netzwerk „Sustainable Development and R&D-Policy“ hin, das

er im Rahmen des gleichnamigen Workshops² zusammen mit Hansvolker Ziegler (BMBF) sowie Pierre Lavette (DG-Research) gegründet hatte. Dieses Netzwerk stellt ein inhaltliches und organisatorisches Forum dar, um die verschiedenen europäischen Nachhaltigkeitsansätze in der Forschungspolitik kennen zu lernen, zu vernetzen und somit dem Vorhaben einer nachhaltigen Forschungs- und Technologiepolitik eine konkrete Form zu verleihen.

Die Diskussion über die Brücke zwischen Wissenschaft und Politik kam insbesondere in den unterschiedlichen Sektionen des Kongresses zum Tragen, in denen Probleme ausgewählter Anwendungsfelder (partizipation, climate change, information society, health and environment, global trade) diskutiert wurden. Es wurde hierbei deutlich, dass die Delegation der Entscheidungsfindungsprozesse an die Wissenschaft und Forschung zu Verwirrung führen kann. Zentral ist in erster Linie, dass sich die Politik konsequent der Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet und die entsprechenden Rahmenbedingungen für die Forschungs- und Technologieentwicklung schafft. Hierbei wies Hansvolker Ziegler immer wieder darauf hin, dass auch die institutionellen Verfahren der Finanzierung von Wissenschaft daraufhin überprüft werden müssten, ob sie dem Anspruch an eine nachhaltige Gesellschaftsentwicklung standhalten könnten. Die Gestaltung einer nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung beeinflusse die Forschungspolitik in besonderem Masse, da hier neue Kriterien wie veränderte Themenauswahl, integrative Ansätze sowie ein „action-oriented approach“ gefördert werden müssten. Diese Kriterien sollten das Ziel verfolgen, die Theorie mit der Praxis zu verknüpfen, um auf diese Weise zu neuen Formen des Wissens und neuen Erfahrungen zu gelangen.

3 “A democracy is a place where less and less courage is required of ordinary citizens, in order to achieve justice” (Ralph Nader) – The gap between commitment and implementation

Partizipation galt als *das* Schlüsselwort, um die Kluft zwischen der Verpflichtung zu einer nachhaltigen Entwicklung und deren Umset-

zung zu überwinden. Partizipation könnte in diesem Sinne als Anspruch auf eine möglichst breite Integration der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, der gesellschaftlichen Sektoren, aber auch der Länder in den europäischen Prozess der Nachhaltigkeit definiert werden. Die Idee der Partizipation hatte in den Diskussionen drei Funktionen:

Erstens die Funktion der *Konsensfindung* bei gesellschaftlichen Entwicklungen. Vor allem im Rahmen der Diskussionen einzelner Anwendungsfelder zeigte sich die außerordentliche Bedeutung gesellschaftlicher Konsensfindungsprozesse. In Bereichen wie beispielsweise der Landwirtschaft, in denen angesichts der aktuellen Probleme große Zweifel bezüglich der Gestaltung und Ausrichtung zukünftiger Entwicklungen entstanden sind, sind Verfahren notwendig, die das Konzept der Nachhaltigkeit als „desirable property“ festlegen.

Zweitens die Funktion zur *Überwindung von gesellschaftlicher Unsicherheit*. Die sehr kontroversen Debatten im Rahmen der Sektion *scientific uncertainty – precautionary principle – policy responses* zeigten deutlich, dass bestimmte technologische Entwicklungen inzwischen auf massive Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung stoßen. Die langfristigen Folgen beispielsweise der Gentechnologie sind kaum abzuschätzen. Gleichzeitig berührt das Thema in vielerlei Hinsicht gesellschaftliche Tabus und ethische Wertvorstellungen, die zu einer Verstärkung der Unsicherheit und somit zu einer Abwehrhaltung in der Bevölkerung führen. Die Präsentation von *Jeremy Sweet*, National Institute of Agricultural Botany, UK, bewies auf beeindruckende Weise, dass die „scientific community“ in ihrer Eigenschaft als Entwickler der entsprechenden Technologie kaum eine objektive Distanz zu ihrem Forschungsgegenstand aufbauen kann. Trotz der exzellenten Darstellung eines möglichen TA-Verfahrens im Hinblick auf genetisch manipulierte Getreide wies er immer wieder auf die Potenziale dieser Technologien hin, die es zukünftig zu nutzen gelte. Die in Großbritannien verbreitete öffentliche Abwehrhaltung gegenüber genetisch manipulierten Nahrungsmitteln interpretierte er als Unkenntnis des Gegenstandes, die es über sachkundige Aufklärung abzubauen gelte.

Die Unsicherheiten hinsichtlich der Entwicklung neuer Technologien könnten institutionell abgeschwächt werden, indem bestimmte Verfahren in die Technikentwicklung integriert werden. Partizipation spielt dabei eine wichtige Rolle, wie aus den folgenden Punkten hervorgeht:

- Separation between producer and publicly funded agencies, which have a contract with society and its citizens taking the long-term view and withstanding the short-term pressures from politicians, entrepreneurs and consumers.
- Development of broad instruments in order to install a long-term perspective.
- Wider use of the Precautionary Principle in scientific and public policymaking processes.
- “Justification of need” for new technologies via broad participatory methods.
- Internalisation of external environmental costs into market prices.
- More basic research and long-term monitoring.

Drittens die *Sicherstellung der Ziele* des Konzeptes. Der integrative Ansatz einer nachhaltigen Entwicklung beinhaltet die Logik, dass der Schutz der natürlichen Ressourcen ohne die Unterstützung der Wirtschaft und der Gesellschaft nicht gewährleistet werden kann. Beide Systeme sind Verursacher der Umweltprobleme und alle Bereiche sind eng miteinander verknüpft. Ohne die Partizipation und somit Unterstützung der entsprechenden Akteure und gesellschaftlichen Gruppen kann aus diesen Gründen die Erfüllung der Ziele nicht eingelöst werden.

Die Ergebnisse der Sektion „climate change“ zeigten deutlich, dass hier die Kluft zwischen der Verpflichtung und der Umsetzung insbesondere des Konzeptes noch sehr weit auseinander klafft. Hier wurden von den Fachleuten große Mängel der Politik im Verkehrsbereich angezeigt, was dazu führe, dass die entsprechenden gesellschaftlichen Sektoren nicht in den Politikprozess integriert seien. Insgesamt wurden folgende Mängel aufgeführt: Das Fehlen konkreter Entscheidungsabläufe, die fehlende Berücksichtigung der externalisierten Effekte in den Transportpreisen sowie die mangelnde Erarbeitung von Maßnahmen-

paketen zur Veränderung des Transportbereiches hinsichtlich einer nachhaltigen Mobilität u. a. (um nur einige zu nennen). Ohne Verfahren der Partizipation könnten, und hier waren sich alle einig, in diesem Bereich keine wünschenswerten Resultate erzielt werden.

4 Fazit – The gap between awareness and individual behaviour

Wie eingangs schon erwähnt, stand der Kongress unter dem Eindruck des Engagements und dem (politischen) Willen der Gastgeber, das Thema Nachhaltigkeit im Sixth Framework Programme for Research and Technology zu stärken und zu positionieren.

Der Kongress war inhaltlich sehr gut vorbereitet, zu jeder Sektion waren Fragen ausgearbeitet, die deutlich machten, dass die Themen nicht nur auf einer ideellen Basis, sondern sehr konkret am aktuellen Zustand orientiert sein sollten. Dieser Anspruch wurde eingelöst. Die Debatten waren, ähnlich wie die Präsentationen der Vortragenden, lebhaft, kritisch und engagiert.

Ganz im Gegensatz zum kollektiven Konsens unter den Kongressteilnehmern und -teilnehmerinnen wurde jedoch immer wieder auf den „tremendous lack of awareness“ hingewiesen, der nicht nur in den verschiedenen europäischen Gesellschaften, sondern auch in den Planungsetagen der Kommission vorherrsche. Die Produktionsweisen wie auch das Konsumverhalten in der Europäischen Gemeinschaft seien alles andere als nachhaltig, und der rebound-Effekt wurde beklagt, d. h. die Errungenschaften nachhaltiger Technologien würden sofort der Wachstumsdynamik zum Opfer fallen. Und angesichts der globalen Entwicklung wären keine nachhaltigen Konzepte erkennbar.

Auch Margot Wallström zeichnete ein eher besorgtes Bild des aktuellen Entwicklungszustandes im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung, das im Rahmen des abschließenden Resümees als „Wallström-Canyon“ betitelt wurde. Es zeigte sich zum wiederholten Mal, dass die Herausforderung des Nachhaltigkeitskonzeptes nicht darin liegt, das rationale Wissen zu vergrößern oder Problemlösungsstrategien an Institutionen zu delegieren, sondern dass alle Beteiligten „have to be solid with the task“ (Shrader-Frechette) und dies meint,

damit zu beginnen, das Konzept im eigenen individuellen Kontext zu leben.

Anmerkungen

- 1) Im Folgenden werden die Schlüsselbegriffe der englischer Sprache übernommen, um die Authentizität der Darstellung zu wahren.
- 2) Der Workshop „Setting Concepts in Motion: Sustainable Development and R&D Policy“ fand Anfang Februar 2001 in Bonn statt und wurde gemeinsam von BMBF, ITAS, JRC organisiert. Die Ergebnisse dieses Workshops sind auf einem Link der Homepage des Kongresses aufgeführt.

Informationen zum Kongress

www/bridging.environ.se

«

Städte für morgen – Erfahrungen, neue Ansätze und Visionen

Gelsenkirchen, 26. – 27. April 2001

Tagungsbericht von Volker Stelzer, ITAS

Die diesjährige Jahrestagung des Öko-Instituts war eingebettet in eine Tagung am 26./27. April 2001 in Gelsenkirchen zum Thema „Städte für morgen – Erfahrungen, neue Ansätze und Visionen“.

Das Thema wurde in vier Arbeitsgruppen mit den Themen „Nachhaltigkeit im Quartier“, „Entwicklung Bauen & Wohnen auf Bundes- und Länderebene“, „Gesundes Bauen und Wohnen ohne Schadstoffe“ sowie „Leben in der Stadt – sozialer Kontext des Wohnens“, zwei Einführungsvorträgen und einer Talkrunde behandelt. Wie aus den Arbeitsgruppenbezeichnungen ersichtlich ist, wurde das Thema Bauen und Wohnen nicht nur in seiner streng ökologischen Dimension betrachtet. Entsprechend der Ausweitung der Diskussion im Zuge des Diskurses zur Nachhaltigkeit wurden auch wirtschaftliche und soziale Aspekte vorgestellt und diskutiert.

Das Thema „Nachhaltigkeit im Quartier“ wurde dargestellt an Hand von neueren, kon-